

Inhalt

Komponenten der Nationen	4
1. Demokratie	5
2. Große politische Kompromisse sind in Deutschland u.a	5
5 3. Politisch- kulturelle Eigenheiten	10
Erzwingt Eurokrise erwünschte Einheit Europas?	13

Sehr geehrter Herr Menasse,

10 zu Weihnachten habe ich Ihren Essay „Der Europäische Landbote“ geschenkt bekommen. So bin ich auf diesem Wege zu Ihrem Leser geworden. Denn ich bin kein Romanleser.

Erlauben Sie mir daher, Ihnen als Ihr Leser eines politischen Textes zu schreiben.

15 Mit den meisten Aussagen in Ihrem Essay bin ich einverstanden, insbesondere mit dem Motto: „Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss.“ Also, das Ziel einer gesicherten und weiter vertieften demokratischen Einigung Europas verfolge ich durchaus auch. Dass das dann ein Europa der Regionen werden könnte, halte ich auch für eine wünschbare Entwicklung. Ich habe das auch schon
20 mal 1990 im Zuge des Auseinanderfallens des Ostblocks als Vision gegen die neu entstehenden Nationalstaaten und den einfachen Beitritt der DDR zur BRD angedacht. Siehe dazu in meinen Beitrag: „*Deutsche Einigung, Europa und Internationalismus*“ pdf. S. 19 auf meiner Homepage www.bremer-verhaeltnisse.de konkret <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/19900229.pdf>

25 Ich hänge auch nicht dem Nationalstaatsgedanken als letzte demokratische Organisationsform der Geschichte an. Siehe meinen Beitrag zu „*Israel – Palästina, wären zwei Nationalstaaten eine Lösung?*“ Ebenfalls auf meiner Homepage <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20121013.pdf> vom 13.10.2012, wo ich, wie Sie, auf die kriegerischen Folgen des Nationalstaates im Verständnis des Zusammenschlusses von scheinbar wesensgleichen Menschen hinweise. Die Europäische
30 Einigung hat bisher sicher nach innen eine Frieden bewahrende Wirkung gezeigt und sich damit eigentlich schon historisch legitimiert. Ob dies auch nach außen beabsichtigt war und ist, scheint mir sowohl aus den Entstehungsbedingungen als auch im Verlauf der wieder zunehmenden Zahl militärischer Interventionen in anderen Ländern keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Europäische Mächte haben
35 auch im Laufe des innereuropäischen Einigungsprozesses kaum weniger kriegerische Aktionen nach außen durchgeführt als die USA in der gleichen Zeit.

Ihre überwiegend guten Erfahrungen mit den „Eurokraten“ in Brüssel glaube ich Ihnen gerne. Sie sind sicher besonders umfassend gebildete, polyglotte Menschen mit einem weiten Horizont und liberalen und gepflegten Umgangsformen. Das gilt
40 aber für die Planungsstäbe – und das ist die Europäische Verwaltung in Brüssel in großen Bereichen – anderswo auch. Schwieriger wird es meist mit den Stellen, die Rechtsvorschriften anwenden und durchsetzen sollen. Die empfinden die Betroffenen dann häufig als bürokratisch. Das europäische Recht wird dann aber von den nationalen und örtlichen Bürokratien durchgesetzt.

45 In dem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu Ihrem Lob der effizienten Eurokraten: Die Zahl der unmittelbar bei der Kommission angestellten Bediensteten mag nicht so hoch sein. Aber die öffentlichen Bediensteten, die EU-Regelungen

ausführen – dann aber mit nationaler Anstellung – sind sehr viel zahlreicher. Ich habe einmal gelesen, dass in Südfrankreich die Zahl der Agrarbürokraten, die EU Recht ausführen und überwachen, größer sei als die Zahl der dort im Agrarsektor tätigen Menschen. Eine andere Zahl aus dem Gedächtnis, dass von 100 Euro
5 Steuereinnahmen, die an die EU fließen und von dort über die verschiedenen Stufen wieder verteilt werden, beim Empfänger nur 13 Euro ankommen. Die anderen 87 Euro werden für Einnahme, Planung, Abstimmung, Verteilung, Kontrolle, Evaluierung usw. ausgegeben. Meist natürlich nicht von Eurokraten direkt, sondern von ihren korrespondierenden Bürokratenebenen in den Staaten, Ländern und Gemein-
10 den. Auch wenn ich den Beleg dafür jetzt nicht finde. Ich habe mit diesen EU-Programmen selber Erfahrungen gesammelt. Und die waren noch viel niederschmetternder, weil die Programme selber auch noch schlecht und unnützlich waren.

Dass die Europäische Kommission Ihrer Darstellung nach das Gemeinwohl Europas so viel mehr im Blick haben soll als der Rat, da habe ich doch meine Zweifel. Sicher, ihre Macht hängt von ihren Kompetenzen und Geldern ab, über die sie verfü-
15 gen. Deswegen sind sie systematisch mehr auf Europa fokussiert als die Mitglieder des europäischen Rates. Aber das ist Machtkalkül. Als Personen, Politiker und Beamte scheinen sie nicht anders zu agieren als die nationalen Politiker mit ihren Beamtenapparaten. Erinnerung ist vielleicht noch der Rücktritt der EU Kommission
20 1999 unter Jaques Santer im Zusammenhang mit der Kommissarin Cresson, der Vetternwirtschaft nachgewiesen wurde. Die Kommission hatte sich der Kontrolle durch das Parlament hartnäckig widersetzt. Und die Affäre von Kommissar Martin Bangemann ist auch nicht viel besser als Korruption. Er war zuständig für die Kontrolle und Regulierung der Telefonnetze in Europa. Noch während seiner Amtszeit
25 verhandelte er mit der spanischen Telefongesellschaft Telefonica und wechselte zu ihr als bezahlter Berater praktisch unmittelbar aus seinem Dienstverhältnis bei der EU Kommission heraus – nach einer nur kurzen Schampause zwischen Rücktritt und Eintritt.

Aber ich schreibe Ihnen nicht wegen sonst noch vieler Zustimmungen zum Inhalt
30 Ihres Buches, sondern weil ich meine, dass Sie es sich insbesondere mit einem Thema zu einfach machen. Ich meine Ihre Darstellung der Nation oder der nationalen Identität bzw. der Bedeutung, die der Heimatstaat für die Menschen hat. Sie schildern im Kapitel 25 ein Gespräch mit einer Journalistin darüber. Sie finden deren Darstellung etwas dürftig, nachdem Sie ihr schon die Ihnen von Ihren österreichischen Landsleuten vorgebrachten gefühligen Aussagen zum Nationalgefühl als
35 nicht stichhaltig aus der Hand genommen hatten. Vielleicht war die Journalistin nicht die größte Zierde ihrer Zunft. Nein, **ich stimme Ihnen zu, dass es bei der Nation nicht um „Nationalgefühl“, um gefühlte kulturelle Identität, um Landschaften, Sprache oder typische Speisen geht.** Und ich stimme Ihnen auch zu, dass das, was eine Nation für die Menschen ausmacht, in anderem Zusammenhang
40 auch geleistet werden könnte. Bzw. dass man diese Leistungen (dazu mehr s.u.), die man von einer Nation erwartet, auch innerhalb der Nation verlieren kann. Aber eins ist sicher, diese Leistungen werden einstweilen und bis auf Weiteres von Europa weitgehend nicht erbracht. Im Gegenteil. Euroland greift von außen und oben
45 in die nationalen Regelungen und Leistungen der Staaten für seine Bürger ein und zerstört gegenwärtig vieles von dem, was einem die Nation vermeintlich gibt: Es sind die scheinbar sicheren Rahmenbedingungen und Leistungen, in und mit denen man in seinem Alltag leben und überleben kann.

Die Nation wird weitgehend im gesellschaftlichen Leben mit dem Motto „My house
50 is my castle“ identifiziert. In der Nation glaubt man seine Interessen verteidigen zu können. Man glaubt, dass man sich auf Vieles verlassen kann. Dass die Herrschenden nicht wagen werden, diese Sicherheiten anzutasten, die einem das Überleben in der komplexen Gesellschaft ermöglichen. In Deutschland glaubt man, dass letztlich die Sozialhilfe greift, man nicht ohne Essen, Trinken, Dach überm Kopf,

Strom, Heizung und ohne Krankenbehandlung sein werde. Und natürlich die erste Staatsfunktion, die persönliche Sicherheit vor Kriminalität, wird mit der Nation verbunden – nur als Anspruch, wenn es sie nicht gibt, oder als erfahrene Wirklichkeit. Das sind Standards, die man in anderen Nationen staatlich nicht garantiert bekommt (z.B. in Gated Communities kauft man sich privat die persönliche Sicherheit in Ländern, in denen öffentliche Sicherheit durch den Staat nicht gewährleistet wird). Und Europa ist weit davon entfernt, solches zu garantieren. Im Gegenteil, Euroland ist in einigen Ländern jetzt der Agent, der vielen Bürgern, zunächst in ausgewählten Defizitländern, diese Sicherheiten entzieht und sie in Unsicherheit und ins Elend stürzt.

In Deutschland wird vom die Verfassung vorangestellten und sie dominierenden Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar ...“ eine menschliche Aussage getroffen, die einem Bewohner des Landes das Vertrauen in die Zukunft geben kann. So kann er sich diesem Staat nicht nur als Organisationsform sondern auch als Schutzgemeinschaft zugehörig fühlen. Dies ist eine wesentliche Grundlage für ein nationales Selbstverständnis als der Sicherheit versprechende gute Organisator der Gesellschaft. Europa ist auf absehbarer Zeit zu solchen Garantien weder willens noch in der Lage. Und z.B. in Großbritannien, das keine Verfassung hat, ist wohl auch das Staatsverständnis ein anderes.

Allgemein gesprochen: Die Nationen definieren sich durch die großen gesellschaftlichen und politischen Kompromisse, die das tägliche Leben gestalten und ein (gutes) Leben ermöglichen und Orientierung geben. Die meisten Kompromisse sind dann auch in Gesetzes- oder Vertragsformen gegossen. Aber es gehören dazu auch ungeschriebene Gesetze. Sie beschreiben das für Österreich mit dem Filz der Großen Koalitionen und dem zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Manche Rahmenbedingungen sind natürlich nur Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche. Aber die helfen einem beim Leben – bzw. man reibt sich an ihnen, weil man sie für falsch oder lästig hält. Der Staat ist für viele das Allgemeine, drückt das Gesellschaftliche aus, das zum Leben gehört, ordnet und organisiert es. In Großbritannien und in anderen Ländern Europas scheint das vielleicht etwas weniger ausgeprägt zu sein als in Deutschland. Aber auch andere allgemeine Regelungen, Verhaltensweisen und Erfahrungen von allgemeiner Bedeutung schaffen die Nation, in der sich der Einzelne eingebunden fühlt und seine gesellschaftliche Existenz mit definiert – und sei es in Opposition zu vielen dieser allgemein zu beachtenden Regelungen. In dem Heimatstaat gibt es viele Regelungen des täglichen Lebens – da kennt man sich aus, da hat man gelernt, sich drin zu verhalten. Das ist dann der Nationalstaat. Diese Regelungen sind Ausfluss der jeweiligen Geschichte. Die so entstandenen Regelungen muss man nicht alle für gut halten, kann sie möglicherweise auch heftig kritisieren und auf das Vorbild anderer Länder hinweisen. Aber man glaubt eben, möglicherweise wirksam für Änderungen werben und was ändern zu können.

Die USA und Kanada sind eben für viele Einwanderer zu ihrer Nation geworden, weil sie dort ihr alltägliches Leben besser und freier als in ihren Herkunftsländern organisieren konnten. Die EU und insbesondere der Europäische Gerichtshof sorgen zwar in Einzelfällen gegen die nationalen Bürokratien für mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Aber sie sind damit weit entfernt davon, die generellen zusätzlichen Belastungen zu kompensieren und insbesondere das Gefühl zu vermitteln, man könne sich an europäische Institutionen für mehr Freiheit und Gerechtigkeit wenden. Dabei gehört der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zum Europarat und nicht zur EU und damit zu einer durch klassische Diplomatie und multilaterale Verträge geschaffenen Einrichtung. Also ein positives Beispiel einer Schutzinstitution, die aber nun gar nicht zum Ziel der Europäischen Einigung im Sinne der Vertiefung der EU oder von Euroland passt, sondern zum vielfältigen Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Sie vergleichen die Entwicklung der DDR und Jugoslawiens nach der Wende 1989, um deutlich zu machen, wie absurd es sei anzunehmen, eine Nation müsse sich aus Menschen mit gleicher Mentalität zusammensetzen. Schließlich hätten die Ostdeutschen eine ganz andere Mentalität als die Rheinländer oder Bayern und seien dennoch der Bundesrepublik beigetreten. Und was es für ein absurdes, blutiges Geschäft gewesen sei, aus den Balkanländern des ehemaligen Jugoslawiens, Nationen zu formen und (wie einstmals bei Österreich auch) einen Dialekt oder Tonfall der Sprechweise zu einer eigenen Sprache hochzustilisieren.

Bei der Mentalitätsfrage als Nation bildende Eigenschaft der Menschen stimme ich Ihnen ja völlig zu. Auch dazu, dass Mentalitäten sich zum Teil erst nach der Grenzziehung ausbilden oder die Sprachabgrenzung künstlich gefördert wird. Der Unterschied ist m.E. ein anderer: Die Länder der ehemaligen DDR sind der Bundesrepublik beigetreten. In ihr waren all die großen gesellschaftlichen und politischen Konflikte schon ausgekämpft und mit jeweiligen Kompromissen einstweilen befriedet.

In Jugoslawien kämpfte die Nomenklatura des ehemaligen sozialistischen Staates um eine neue Legitimation und Rolle in den Gesellschaften der Nach-Wende Ära. Da fielen ihnen (und anscheinend vielen verunsicherten Bürgern) nur die Abgrenzungen der Geschichte ein und sie schafften es, die Ungeister der Vergangenheit wieder zu beleben und in deren Kostümen eine neue Gruselrolle zu spielen. Und dann mussten ja alle Regelungen in einem neuerdings marktwirtschaftlichen Gemeinwesen neu geschaffen werden – mit all den Chancen auf Posten und Pfründen und Gefahren des ökonomischen und gesellschaftlichen Absturzes. Die Menschen und Funktionäre hatten ja keinen großen Bruder mit den langen Hosen und den vollen Taschen – wie die DDR-Deutschen.

Die Entwicklung der ehemaligen DDR-Wirtschaft nach dem Beitritt zur BRD und zum D-Mark Währungsgebiet ist aber auch ein frühes Beispiel, was passiert, wenn unterschiedlich produktive Wirtschaftsregionen unter einer **Währungseinheit** zusammen gefasst werden. Ich habe damals – noch bevor auch nur der Beschluss zur Deutschen Einheit überhaupt spruchreif war – davor gewarnt: In meinem schon erwähnten Beitrag <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/19900229.pdf> ab S 22 zur absehbaren Deutschen Einheit und der möglichen Einführung der DM auch in der DDR, dem späteren Beitrittsgebiet. Die damals vorhergesagten wirtschaftlichen Folgen einer deutschen Währungsunion sind dann weitgehend eingetreten. Die damals dort dargestellten wirkenden Gesetzmäßigkeiten wirken entsprechend in Euroland und sind einer der wesentlichen Gründe der Eurokrise. (Soweit sie Folge der Finanzkrise sind, siehe dazu meinen Beitrag unter dem Titel „Finanzkrise“ auf meiner Homepage vom 30.3.2009 <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20090318.pdf>).

Komponenten der Nationen

Im Folgenden spreche ich eine Reihe von gesellschaftlichen Sachverhalten an, die m.E. die Nation und dann auch das Nationalgefühl ausmachen. Leider geschieht das nicht in allzu systematischer Weise. Es werden auch wichtige und weniger wichtige Komponenten bunt gemischt. Die einen Komponenten werden auch nur benannt, andere etwas ausgeführt und auch angesprochen, weswegen sie weder durch Europa auf absehbare Zeit ersetzt noch nur auf regionaler Ebene geregelt oder die Leistungen erbracht werden könnten. Bei manchen Beispielen wird auch angesprochen, dass die Unterschiede in Europa so groß sind, dass kaum vorstellbar ist, sie einer allgemeinen Regelung zuzuführen. Solche Komponenten der Nationen sind u.a.:

1. Demokratie

Man glaubt in seinem Land auf die Entwicklung Einfluss zu haben durch die Organisationen, denen man angehört oder an denen man sich doch beteiligen und durch die man sich Gehör verschaffen könnte. Sie schreiben zu Recht, dass wir (Österreicher und Deutsche) unsere Demokratie geschenkt bekommen haben und sie uns eigentlich erst erwerben müssten, um sie zu besitzen. Aber dass man die Standards von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat ggf. verteidigen könne, das traut man sich doch nicht auf europäischer Ebene sondern höchstens auf nationaler Ebene zu (beginnend in Deutschland mit der Spiegel-Affäre).

1.1. Politische Willensbildung

So durch / in Wahlen, Parteien, Parteigründungen, freien Wählergemeinschaften, Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Leserbriefen usw. auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sind Formen der Willensbekundungen der Bürger. Europa ist viel zu groß, und die Öffentlichkeit viel zu unterschiedlich organisiert, als dass man glaubt, dort Gehör zu finden. Zudem sind die Wahlsysteme viel zu unterschiedlich nach Methode und Zielsetzung (möglichst genaue Abbildung des Volkswillens mit dem Verhältniswahlrecht oder regierungsfähige Mehrheiten schaffen mit dem einfachen Mehrheitswahlrecht).

1.2. Interessenvertretung

Die meisten können nur national, regional und lokal ihre Interessen wahren (z.B. in berufsständischen Vereinigungen der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Handwerker, Taxifahrer, Hebammen, Physiotherapeuten, Übersetzerinnen, etc. pp.). Insbesondere den Gewerkschaften, die in den verschiedenen Ländern so ganz unterschiedlich verfasst sind, gelingt es nicht, sich in Euroland, in dem die Konkurrenz weitgehend über die Löhne ausgetragen wird, gemeinsam zu handeln. Die Arbeitnehmer fühlen sich daher durch Europa und besonders Euroland in ihren Lebensinteressen nicht etwa geschützt sondern eher geschädigt. In der EGKS waren Gewerkschaften noch viel stärker institutionell eingebunden und an Entscheidungen beteiligt als heute in der EU oder gar in Euroland. Die Freizügigkeit / Niederlassungsfreiheit, die ja auch Chancen bieten soll, ist aber für die einen, die Wandernden, häufig Zwang, dessentwegen sie ihre soziale Umgebung verlassen und häufig über Jahre getrennt von der Familie, Verwandten und Freunden leben müssen. Und für die anderen, die Sesshaften in den Ländern mit relativ höheren Einkommen, ist sie eine Bedrohung ihres Lebensstandards durch billigere Kräfte. Die Reisefreiheit ist demgegenüber nur ein nettes Schmankerl.

- Nur den Unternehmens- und Bauernverbänden ist es gelungen, sich europaweit zu organisieren. Und da haben sie dann europaweit Privilegien und Subventionen herausgeholt, die zeigen, dass auch in Europa die gleiche Form der Politik gemacht wird wie in den Einzelstaaten: Durch Privilegien und Behinderungen Freunde belohnen und Gegner bestrafen.

2. Große politische Kompromisse sind in Deutschland u.a.

2.1. Verfassung

Gegenüber Großbritannien, das keine so geschriebene Verfassung hat, ist das ein deutlicher Unterschied. In Deutschland wird alles staatliche Handeln systematisch von der Verfassung abgeleitet, weil sie unmittelbar wirkendes

Recht ist. Die Menschen und nicht nur die Bürger können sich also direkt auf die Verfassung berufen. So konnten jetzt Asylbewerber beim Bundesverfassungsgericht erreichen, dass sie im Prinzip genauso viel Sozialhilfe bekommen wie ein Deutscher Sozialhilfeempfänger, denn sie ist als Existenzminimum definiert. Darunter geht es also nicht.

- Der Rechtsstaat und die Justiz in Deutschland beziehen sich auf Gesetzestexte, die mit dem Grundgesetz vereinbar sein müssen. In der Gerichtsbarkeit Großbritanniens wird wohl viel mehr auf frühere Urteile in ähnlich gelagerten Fällen geschaut, um zu Urteilen zu kommen. Solche unterschiedlichen Rechtstraditionen sind schwer miteinander vereinbar. Jeder fühlt sich in seiner zu Hause und glaubt, wie er sich darin sicher bewegen kann.

2.2. **Arbeitsbeziehungen**

Die Arbeitsbeziehungen, Arbeitszeiten, der Kündigungsschutz, das für Deutschland so typische Betriebsverfassungsgesetz mit der Mitbestimmung, die Arbeitsgerichte, Berufsgenossenschaften etc.

- Die Regelungen für viele „freie Berufe“, wie für Rechtsanwälte, Notare, Architekten, Ingenieure, Taxifahrer, Apothekerinnen, Hebammen, Übersetzerinnen, Schornsteinfeger, Handwerksmeister, Fahrlehrer u.a.. Da gibt es in Deutschland viele Regelungen zu deren Ordnung und Schutz. In Griechenland gab es die auch. Da sind sie auf Weisung von Euroland weitgehend geschliffen worden. Insofern ist denen ein Stück Heimat von Europa genommen worden. Das kommt vielleicht demnächst auch auf diesen deutschen Mittelstand noch zu (bei den Bezirksschornsteinfegern ist Anfang des Jahres da schon etwas geschehen). Aber einstweilen gehört es zum Verständnis dieser Deutschen, sich im Rahmen dieser Ordnung zu bewegen, geschützt zu sein und das so als ihr Recht in ihrem Nationalstaat zu begreifen.

2.3. **Steuer- und Finanzsysteme**

Das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern, das System des Einziehens der Steuern, die Möglichkeiten und die gesellschaftliche Akzeptanz der Steuerhinterziehung, das Steuergeheimnis usw. usf. Alles führt zu sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen der Menschen und wie und wo sie sich zu Hause und wohl fühlen, bzw. wohin sie ihren Wohnsitz verlegen oder gar wohin sie auswandern. Diese finanziellen Beziehungen zum Staat gehören zur Nation dazu. Wenn diese jetzt in Euroland durch die Troika in den Krisenstaaten von außen völlig umgestürzt werden und dabei auch noch asymmetrisch erheblich höhere Belastungen heraus kommen, dann macht sich Europa den Betroffenen natürlich zum Feinde. Es ist für das Selbstverständnis der Zugehörigkeit zu einer Nation auch ganz wesentlich, das Gefühl, dass es einigermaßen gerecht zugeht. Europa als Zuchtmeister der Defizitstaaten und gleichzeitig Beschützer der großen Vermögen und des Steuerdumpings für höhere Einkommen verspielt so auch emotional die Fähigkeit, Fluchtpunkt einer demokratischen Bewegung zu werden. Dieses Europa wird so eher Gegner und Hassobjekt einer Bewegung werden, die mehr Gerechtigkeit und Demokratie will. Und Ihre Differenzierung, der Rat sei der Schuldige, die Kommission aber wolle doch nur das Gute, werde aber vom Rat daran gehindert, überzeugt m.E. nicht. Dass die Pläne der Kommission zur Überwindung der Schuldenkrise so überzeugend gewesen wären und nur vom Rat verhindert worden seien, kann ich nicht nachvollziehen. Es erscheint einstweilen undenkbar, dass sich die Kommission an die Spitze einer demokratischen Bewegung setzt, die die Ungerechtigkeiten und ver-

stärkten staatlichen Abzüge der unteren und mittleren Einkommen bekämpft.

2.4. Soziale Sicherheit.

Die Systeme der sozialen Sicherheit sind eigentlich überall national organisiert. In vielen Ländern – ganz besonders in Deutschland – sind sie die entscheidenden Komponenten der Bindung an und der Zustimmung zum Staat. Ihre jeweiligen Vor- und Nachteile werden heftig diskutiert und auch als typische Abgrenzung der Nationen untereinander verstanden.

Die EU weist generell und auch im Einzelnen darauf hin, dass die Sozialgesetzgebung Sache der Staaten ist. Und gerade diese Solidarität in schwierigen Lebenslagen, in denen man auf die Gemeinschaft der anderen Menschen besonders angewiesen ist, da verweigert sich die EU weitgehend als Schutzpatron ihrer Bürger. Wo die EU in den Bestimmungen etwas konkreter wird, da scheren mit entsprechenden Ausnahmeprotokollen immer wieder einzelne Mitgliedsstaaten aus, besonders häufig Großbritannien. Eigentlich legt die EU nur in Übernahme der Bestimmungen des Europarates fest, dass soziale Versicherungsleistungen in andere EU Länder mitgenommen werden können – und verhindert so ein Unterlaufen der Freizügigkeit durch Unterminierung der materiellen Grundlagen dazu. Von Europäischen Sozialkassen redet überhaupt keiner. Und es zeichnet sich auch nicht ab, dass sich darüber im Denken der Bürger oder der Politiker etwas ändern könnte, selbst wenn in irgendeinem Land die Sozialkassen leer laufen und die erworbenen Ansprüche der Bürger nicht gedeckt sein sollten. (Demgegenüber ist eine grenzüberschreitende Erhaltung von Bankguthaben innerhalb denkbar kurzer Zeit in Euroland verabredet und abgesichert worden.)

- Jedes Land hat seine Mutterschutzregelungen und spezifischen Familienförderung. Die Rahmensetzungen der EU bedeuten eigentlich nicht mehr als die Aufforderung an die Nationalstaaten, irgendwelchen Mutterschutz zu verabschieden – und gleichzeitig der Machtanspruch, wir haben dazu auch was zu sagen.
- Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergarten, Kita. Kindergärten sind zwar als Fremdwort selbst in andere Sprachen eingegangen. Eine einheitliche Form ist aber in Europa nicht entstanden und die deutschen Kindertagesstätten werden auch nicht mehr als vorbildlich empfunden.
- Gesundheitssysteme, Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften sind wesentliche Elemente der nationalen Selbstverständnisse. Abzulesen in Ferienländern, aus denen Deutsche nach Hause fliehen, wenn sie im Urlaub krank werden.
- Die Arbeitslosenversicherung. Die ist in Deutschland vor zehn Jahren massiv verschlechtert worden. Und es wird immer noch um die Korrektur dieser Maßnahmen gerungen. Aber es ist eine Auseinandersetzung in der eigenen Nation, bei der man gewinnen oder verlieren kann. Man glaubt eben, Herr im eignen Hause zu sein und etwas verändern zu können. Das geht den Euroländern mit Zahlungsproblemen nicht so. Bei ihnen kommen solche Maßnahmen als erzwungener Beschluss von außen. Das gilt ähnlich für die Rente, die Pensionen und Bezahlung der öffentlich Bediensteten und sogar für gültige Tarifverträge, die auf Weisung der Troika einfach für Null und nichtig erklärt werden. Euroland wirkt als schlechte Zerstörer des guten Lebens.
- Bei der Sozialhilfe, der Grundsicherung, sind die Maßstäbe in vielen Ländern zwangsweise abgesenkt worden. In Deutschland kann aber das Bundesverfassungsgericht selber Maßstäbe festsetzen. Würde das bei ähnlichen Abhängigkeiten Deutschlands von anderen Staaten oder von Euroland von denen geduldet werden? Auch hier ist man in Deutschland

nach den Hartz IV – Reformen dankbar, dass wir eine so starke „Dritte Gewalt“ haben und wünscht sich nicht, dass die von Europa geschwächt wird.

5 2.5. Bildungssystem

10 Zwar gibt es in allen Ländern Europas den Anspruch, dass die Heranwachsenden eine Ausbildung erhalten und zumindest Lesen, Schreiben, Rechnen und einige Grundwerte lernen – und dass es Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft der Kinder geben sollte. Diese Ansprüche werden aber weder erfüllt, noch verhilft die EU in nennenswertem Umfang den jungen Menschen zur Verwirklichung dieser Ansprüche. Wenn es eine übernationale Institution gibt, die wenigstens die Unterschiede systematisch aufarbeitet und an den Ansprüchen misst, so ist es m. E. die OECD.

- 15 • Die **Schulsysteme** der verschiedenen Länder sind sehr unterschiedlich. Das deutsche zeigt sich anhaltend als sozial besonders selektiv. Das Gymnasium wird für eine typisch deutsche Einrichtung gehalten - vielfach kritisiert, aber doch von den Wahlbürgern immer erfolgreich verteidigt, zuletzt per Volksabstimmung in Hamburg. Es gibt viele Schüleraustauschprogramme in Europa. Die beruhen aber weitgehend auf bilateralen Abkommen, wie z.B. auf dem Deutsch-Französischem Elysée-Vertrag. Keinesfalls stellt Europa einen einheitlichen Bildungsraum dar. Früher gab es in Deutschland mal das Bonmot: Was macht eine Nation aus? Antwort: Allgemeine Volksschule mit Vermittlung von Hochdeutsch als gemeinsame Sprache und die Wehrpflicht, durch die sich die Rekruten, die Deutschlandweit auf die Kasernen verteilt werden, sich gegenseitig kennen lernen. In der Schweiz lernen die Schüler jeweils auch die Sprache der anders sprachigen Schweizer. In Europa gibt es nicht annähernd ein gemeinsames Bildungsbewusstsein und schon gar keine gemeinsame Bildungslandschaft.
- 20 • Die **Lehre** und das Handwerk. Für typisch Deutsch hält man die Lehrlingsausbildung (nicht nur im Handwerk), und dass man so die Jugend auf das Berufsleben gut vorbereitet und dadurch die Jugendarbeitslosigkeit gering hält. Die Gesellen und Meister verstehen sich so auch als deutsche Fachleute.
- 25 • **Universitäten**. Da hat man mit dem „Bolognaprozess“ eine europäische Vereinheitlichung herbeizuführen versucht. Nach zehn Jahren wünschen sich viele Beteiligte ein Zurück zu den „deutschen“ Diplomstudiengängen, weil die Verheißungen des Bolognaprozesses alle nicht eingetreten sind (weder weniger Studienabbrecher, noch kürzere Studienzeiten, noch mehr Wechsel zwischen den Universitäten und schon gar nicht mehr internationaler Austausch – im Gegenteil.). Wo etwas Europäisches in der Bildungslandschaft entstanden ist, da taugt es nicht zur Identifikation sondern eher zur Abgrenzung.
- 30 Zur deutschen Selbstverständigung der Chancengleichheit gehört auch, dass die (meisten) Studenten keine Studiengebühren zahlen müssen und grenzt sich so gegen teure angelsächsische Unis ab. Gerade war das im niedersächsischen Landtagswahlkampf eine der sachlichen Wahlkampfthemen und es haben die Parteien, die für Abschaffung der Studiengebühren warben, gewonnen. (Kurios ist, dass das Deutsche Bildungssystem dennoch so sozial selektiv wirkt wie kaum ein Bildungssystem in einem anderen Land. Das nationale Selbstbewusstsein muss offensichtlich nicht mit den Tatsachen übereinstimmen.)
- 35 • **Erwachsenenbildung**. Mir ist neben dem System der Volkshochschulen als öffentlich getragenen Institutionen noch eine Fülle privater Fortbil-

dungseinrichtungen bekannt. Wie dem Mantra vom lebenslangem Lernen in anderen Ländern gefolgt werden kann, entzieht sich meiner Kenntnis. Einen Bezug zu Europa gibt es kaum, außer dass die EU Länder übergreifende Projekte fördert.

5

2.6. Regelungen des zivilen Lebens.

Zusätzlich gibt es im zivilen und öffentlichen Leben eine weitere Fülle von Regelungen in den verschiedensten Lebensbereichen national sehr spezifisch organisiert sind. So z.B.:

10

- In Deutschland gilt ein weitgehend staatlich bestimmtes **Mietrecht**, mit Kündigungsschutz und festen Regeln für Mieterhöhungen. In Österreich galt wohl sehr lange ein Mietpreisstopp für Altbauwohnungen. Das hat doch jeweils sehr spezifische Verhaltensweisen bewirkt und nationale Maßstäbe gesetzt. Und es ist ein Feld der nationalen Auseinandersetzung, weder europäisch noch regional.
- Ähnliches gilt für die „**Kultur**“: Subventionierung von Volkshochschulen, Bibliotheken, Galerien, Konzerten, Filmproduktionen oder all der andere Kunstkonsum, in Deutschland insbesondere Theater, in Italien Oper, in Estland Chöre, etc. pp. Das sind entsprechend der nationalen Geschichte sehr nationale Schwerpunkte. Nach den Prinzipien des EU Wettbewerbsrechts wären davon die meisten eigentlich verboten oder bräuchten eine Ausnahmeregelung – für die man im Geschacher der Politiker dann noch an andere, die dem in Europa zustimmen müssten, mit finanziellen Zugeständnissen zahlen müsste.
- Einzelhandel und Dienstleistungsbetriebe – **Öffnungszeiten und Sonntagsruhe**. Da hat man in Deutschland die einschränkenden Regelungen durch den Staat weitgehend abgeschafft. Die jahrelange Selbstkritik an der „Dienstleistungswüste“ Deutschland hat gewirkt und sie wurde praktisch in ihr Gegenteil verkehrt. Das ist ein Beispiel für die Reformfähigkeit durch intensive Kampagnen im eigenen Land. Ich weiß nicht, ob es jemanden gibt, der diesen Teil des Wettbewerbsrechtes unbedingt an die Brüsseler Entscheidungsträger übereignen wollte.
- **Verkehr**. Zum deutschen Selbstverständnis gehört anscheinend, dass es auf Autobahnen kein generelles Tempolimit für PKWs gibt.
- Subventionierter öffentlicher Nahverkehr. Da macht die EU ja Vorgaben über das Wettbewerbsrecht – mit z.T. ganz kuriosen Verfahrensweisen und Ergebnissen.
- **Öffentlicher Dienst** / Beamtenapparat. Verlässlichkeit und Korruptionsfreiheit, Willkür oder Rechtsstaatlichkeit. Woran kann man sich orientieren, was und wer ist verlässliche Auskunftsstelle. Ämter als solche vertrauenswürdige Agenturen? Da gibt es weite Unterschiede – und damit auch entsprechende unterschiedliche Verhältnisse zum Staat und damit dem Gefühl, ob er Heimat ist und man sich ihm zugehörig fühlt oder ihn lieber verlassen will.
- In dem Rahmen gehören natürlich auch die **Polizeien** der Länder. Welcher kann man trauen, welche stellt für den Bürger selbst eine Gefahr dar? Da sich der Staat nach innen dominant mit seinen Organen präsentiert, die unmittelbaren Zwang ausüben dürfen, ist das Verhältnis von diesen Staatsorganen zum Bürger ein wesentliches Merkmal, ob er zu ihm in Kooperation oder Opposition steht. In fast allen Ländern gibt es verschiedene Polizeiorganisationen. Das ist häufig verwirrend. Es gibt kaum einen Bedarf an einer zusätzlichen, einer Europäischen Polizei zwischen Interpol und den nationalen und lokalen Polizeikräften. Europol

15

20

25

30

35

40

45

50

dient nur dem Informationsaustausch bei bestimmten Kriminaldelikten.
Es hat keine exekutiven Befugnisse wie das FBI in den USA.

- Beim Schengen-Abkommen machen auch nicht alle Länder der EU mit aber andere Europas, die nicht der EU angehören.

5

3. Politisch- kulturelle Eigenheiten

Es gibt aber auch durchaus nationale Komponenten, die zwar keine gesetzlichen Regelungen sind, aber zum Selbstverständnis der Deutschen bzw. Angehörigen anderer Nationen gehören und zu ihrer Identität beitragen, dass man sich da einigermaßen einig ist.

10

3.1. Sport

Im Bewusstsein dominante Haupt- und Nebensportarten. Nebensportarten wie z.B. Cricket in England, Ringen in Bulgarien, Wintersportarten in skandinavischen und Alpenländern, ... sind anscheinend symbolisch auch identitätsstiftend. Für sie akzeptieren selbst diejenigen, die die Sportart nicht ausüben oder zuschauende Fans sind, die Ausgabe öffentlicher Finanzen, regulatorische Einschränkungen und die Berichterstattung in öffentlichen Medien.

15

20

3.2. Rechensysteme

Z.B. das Dezimalsystem. Wie schwierig war es für die Engländer auf das Dezimalsystem bei der Währung und den sonstigen Maßen überzugehen. Wie hartnäckig halten die deutschen Autofahrer an dem Maßsystem für Stärke der PKW-Motoren in PS statt in kw fest.

25

3.3. Religionen

Stellung der und Verhältnis zu den Kirchen, Konkordate und Religionen, deren Rolle im Sozial- und Geistesleben ist in Polen ganz anders als in Frankreich, Deutschland oder Tschechien. Schon die Debatte um die Erwähnung Gottes in einer europäischen Verfassung zeigte, wie schwierig es ist, einen allgemeinen Rahmen für Europa zu beschreiben, der für alle gültig und akzeptabel sein könnte, und mit dem sich die Menschen identifizieren könnten.

30

3.4. Umweltschutzbewegung

Z.B. die in Deutschland starke Umweltschutzbewegung. Sie manifestiert sich in vielen Wählerstimmen für die Grünen. Aber auch darin, dass nach dem GAU in den Atomkraftwerken von Fukushima in Deutschland selbst die Regierungskoalition der CDU / CSU / FDP die kurzfristige Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland beschloss. Die meisten europäischen Länder sehen das und handeln anders.

35

40

3.5. Wirtschaft

Von der Wirtschaft in ihrem Land sprechen viele als von „unserer“ auch dann, wenn ihnen keine Unternehmen gehören. Es gibt aber weit verbreitet eine Identifikation insbesondere mit den dominanten Wirtschaftszweigen, bekannten Konzernen und „Global Playern“ aber auch mit verschiedenen Rankings aus dem wirtschaftlichen Datenkranz. In Deutschland knüpft sich daran der (merkwürdige) Stolz auf permanente Exportüberschüsse. Im Bereich der Wirtschaft erscheint es am leichtesten möglich, dass europäische Konzerne die nationalen Konzerne, europäische Wirtschaftsdaten die nationalen im Bewusstsein als identitätsstiftend ablösen – auch weil ja die EU so sehr als Wirtschafts- und Währungsunion verstanden wird. Dafür müsste aber wenigstens der wirtschaftliche Erfolg deutlich sein. Und das ist er ge-

45

50

rade in Euroland ja nicht. Erinnerung ist sicher noch die Diskussion um die Eurosklerose und die total gescheiterte Initiative, dass Europa auch gegenüber den USA die innovativste und dynamischste Weltregion werden wollte. Auch insofern setzt Europa selber Maßstäbe, die sich von nationalen nicht prinzipiell unterscheiden. Europa ist insofern nicht anders, sondern konkurriert auf demselben Gebiet wie die Nationen um die Identifikation seiner Bürger.

3.6. Außenpolitik

In Deutschland gibt es eine sehr weit verbreitete fälschlich als „Pazifismus“ bezeichnete Abneigung gegen Kriegseinsätze der Streitkräfte außerhalb der Landesgrenzen. In Frankreich und Großbritannien ist das offensichtlich anders. In Deutschland scheint sich die Abneigung auch abzuschwächen, seitdem die Grünen zu Bellizisten geworden sind und in Deutschland den imperialen Militäreinsätzen den moralisch – intellektuellen Überbau und damit Akzeptanz in ehemals friedensbewegten Kreisen verschaffen. Aber noch könnte man die Abneigung dagegen als typisch Deutsch bezeichnen.

- Ebenso ist das **Verhältnis zu** der Vormacht **USA** anders als in den erwähnten europäischen Ländern oder auch in Polen und Tschechien, die die USA als letzte Garantiemacht gegenüber Russland und anderen großen Nachbarn sehen.
- **Europa als Weltmacht:** Sie schreiben, dass Europa nicht einfach die Nationalstaaten als mächtige Mitspieler in der Welt ablösen solle. Da stimme ich Ihnen vollständig zu. Offensichtlich geht es Bürgern in Ländern wie der Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland oder auch Singapur wirtschaftlich besser als in vielen mächtigen Staaten. Aber genau das ist der vorgebrachte Anspruch der meisten Europapolitiker, Europa solle Ersatz-Weltmacht werden, weil es die alten europäischen Mächte alleine nicht mehr schafften. Die Politiker schüren Angst, die einzelnen Nationen hätten in der Welt nichts mehr zu sagen und würden nicht mehr gehört, wenn die großen Wirtschaftsmächte bzw. Milliardenvölker wie USA, VR China und Indien auf der Weltbühne agierten. Ohne als Macht aufzutreten, würde man bei der Verteilung der knapper werdenden Ressourcen leer ausgehen. Für diese Machtentfaltung müsste die Bevölkerung auch bereit sein, persönliche Belastungen hinzunehmen. Also Europa soll als Ersatzweltmacht im wirtschaftlichen, politischen oder gar militärischem Sinne erhalten. Deutschland hat diese Diskussion schon nach dem Ersten Weltkrieg geführt. Unter den Schlagworten „Volk ohne Raum“ und „Ein Platz an der Sonne“ wurde einerseits dafür geworben, mit Macht auf den Weltmarkt zurückzukehren und mit „Wissenschaft bricht Monopole“ (wobei mit Monopolen damals der monopolisierte Marktzugang zu den Kolonien und die Rohstoffmonopole in den Kolonien gemeint waren) wurde andererseits vertreten, man könne durch überlegene Leistung alle Ziele erreichen. Deutschland ist noch ein zweites Mal den Weg der Machtprobe gegangen und dabei abgestürzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als der imperiale Albtraum ausgeträumt war und das Volk sich auf einem um ein Drittel geschrumpftem Territorium zusammen raufte, konnte die Wirtschaft der Bundesrepublik sich ohne militärisches Eingreifen in der Welt besser entwickeln als vorher mit dem Versuch, selbst Kolonialmacht zu werden. Ja, sie konnte ihre Interessen selbst in Ländern mit entgegengesetztem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wahren. Das ist eine Erfahrung, die die langjährigen Kolonialmächte so nicht gemacht haben. Ihnen ist es ja gelungen, in ih-

ren ehemaligen Kolonien noch einen Großteil ihrer wirtschaftlichen Interessen zu retten und bis heute ggf. durch militärisches Eingreifen zu schützen – siehe zuletzt in Libyen und gegenwärtig in Mali.

Insofern bedroht Europa, das sich anschickt, eine Weltmacht werden zu wollen, eher das Wohlergehen der Menschen. Wenn Europa dann die imperiale Tradition der ehemaligen Kolonialmächte im neuen Gewand wieder aufgreift, wird ein europäischer Verfassungspatriotismus für friedliebende Deutsche sehr schwer. Sie haben das Modell USA für ein vereinigtes Europa abgelehnt, auch weil die USA zig Kriege und militärische Einsätze außerhalb seiner Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen hat. Für Frankreich und England gilt das in entsprechend kleinerer Dimension ähnlich.

Das Eingreifen in den Bürgerkriegen in Libyen und aktuell in Mali,

- bei dem wieder mal behauptet wird, die Sicherheit Europas werde auch in Bamako und Timbuktu verteidigt,
- und in Deutschland sowohl von der notwendigen Solidarität mit Frankreich
- als auch von der Bürde des weißen Mannes (heute heißt der etwa so: in der Tradition der Aufklärung stehende und die Menschenrechte verteidigende Mensch, Responsibility to protect), die gemeinsam getragen werden müsse, gesprochen und kommentiert wird,

lässt erahnen, wohin die Reise mit einer vertieften Europäischen Einigung gehen soll.

Aber selbst mit dieser Zielsetzung wird es kaum gelingen, denn die außenpolitische Kontroverse zwischen „Atlantikern“ und „Eurozentrikern“, die auch quer durch die deutsche Außenpolitik geht, ist nie zu Ende diskutiert worden. Trotz Außenpolitik – Kommissariat der EU ist eine gemeinsame Außenpolitik Europas eigentlich nie zustande gekommen. Und wegen der unterschiedlichen Orientierung der Mitgliedsländer auch kaum zu erwarten.

Die völlig **neu zu schaffenden Strukturen**, die Sie als Möglichkeit und Notwendigkeit eines zu vereinigenden Europas postulieren / fordern, sind dagegen nicht im Ansatz in der realen Politik oder auch nur in den visionären Reden der Politiker zu erkennen. Was wären denn **Visionen**, die Europa erfüllen könnte, so dass eine vertiefte regionale Demokratie möglich würde?

- Europa müsste außenwirtschaftlich **regionale Beschlüsse** z.B. zu sozialen Sicherungssystemen **absichern** und nicht durch immer radikaleren Freihandel unterminieren. Wenn man festlegt, dass Mindesteinkommen nicht nur ausreichen müssen, dass ein Mensch davon lebenswert existieren können muss, sondern auch Ausbildung eines nachfolgenden Menschen, Krankheitsausfall und Alterssicherung bezahlt werden können, dann müssen Abgaben auf Importe erhoben werden, die z.B. mit Kinderarbeit oder ohne entsprechende soziale Abgaben hergestellt werden.
- Gleiches gilt z.B. für Umweltstandards.

Je nach Beschlusslage in einzelnen Regionen gäbe es entsprechend neue Wirtschaftsgrenzen innerhalb Europas. Die Kommission müsste dafür Bezahlssysteme erfinden, die die Freizügigkeit nicht behindern, aber die Be- und Entlastungen entsprechend dem Willen der Bürger in den Regionen verteilen. Die Konkurrenz würde dann nicht mehr in erster Linie über Lohn-, Sozial-, Umwelt- und Steuerdumping sondern viel mehr über Produktivität, Erfindungsreichtum, Attraktivität der so erreichten Lebensumstände und über Leistung ausgetragen.

Wenn solche Utopien vom Ansatz im realen Leben her erkennbar wären, dann sicher nicht in den Reden der Politiker sondern vielleicht in den regionalen genos-

senschaftlichen Tauschringen, den lokalen Tauschwährungen und in den open source Programmschmieden und den offenen Wissensportalen des Internets.

5 Was mehr **plebiszitäre Elemente** zur Erhöhung der demokratischen Willensbildung anbelangt, habe ich mich im Beitrag zum Schlichtungsverfahren Stuttgart 21 auf meiner Homepage unter <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20110318.pdf> ab S. 7 ähnlich skeptisch geäußert, wie Sie es auch anscheinend anderswo tun.

Erzwingt Eurokrise erwünschte Einheit Europas?

10 Auf S. 94 schreiben Sie „Darum bin ich ein so großer Fan der Krise“. Das finde ich zynisch und kontraproduktiv. Die Krise zwingt zwar laut Beschlüssen der Troika vordergründig zu mehr Transferzahlungen zwischen den Staaten Europas und damit zur Einigung auf entsprechende gemeinsame Maßnahmen. Aber eben mit dem Ziel massiv erhöhter Ausbeutung der unteren Einkommensbezieher ganz überwiegend zugunsten der reichen Gläubiger. Europa wird zum mächtigen übernationalen Agenten der Ausbeutung und Schutzpatron der Reichen – jetzt sogar der russischen Kleptomane und Oligarchen in Zypern. Es macht sich damit bei den Massen verhasst. Brüssel ähnelt damit dem Wien der bleiernen Jahre nach der Restauration der napoleonischen Kriege. Das System Metternich hielt sich ja bis 1848 und die KuK Monarchie bis 1918 – aber mit immer massiveren Angriffen gegen die rebellierenden Kräfte und zerfiel schließlich in der europäischen Apokalypse des Ersten Weltkrieges. Euroland ist mit dieser Krisenpolitik nicht mehr das Friedensprojekt sondern die übergeordnete Macht, die eingreift, wenn die einheimisch Regierenden die Ansprüche der großen Eigentümer an die Verzinsung ihres Kapitals nicht mehr von sich aus durchsetzen. Es raubt einem alles, was man erkämpft hat, oder worin man glaubt, sich einigermaßen sicher zu fühlen und in dem Rahmen 25 sein Leben fristen zu können. Die Lebensgrundlagen werden einem scheinbar durch die EU genommen. Dem gegenüber verblassen deren Errungenschaften, die es auch zu Hauf gibt. Deswegen sind diese Eingriffe von deren hoher Hand eben so zerstörerisch für eine Perspektive Europa ohne Nationalstaaten und eher der Regionen.

30 Auch in vielen Einzelentscheidungen kann man zeigen, wie Europa nicht vornehmlich die guten Rahmenbedingungen für ein gedeihliches freies Leben in Europa setzt, sondern nur punktuell und machtopportunistisch eingreift und ein rationales Wirtschaften nach aufgestellten Prinzipien fast unmöglich macht, ja chaotisiert. 35 Aber das würde hier noch weitere Seiten füllen.

Sehr geehrter Herr Menasse,

so sehr ich Ihre Ziele teile, insbesondere das Friedensprojekt Europa, so sehr sehe ich die Gefahr der Zerstörung all dieser Ansätze durch die Instrumentalisierung Europas vornehmlich durch und für die reichen Gläubiger. Ihnen werden alle Elemente des guten Lebens geopfert. Die Nationen werden aufeinander gehetzt –
5 wahrscheinlich gibt es auch in Österreich solche Zeitungsartikel, die von den faulen absahnenden Griechen oder Südländern schwadronieren –, alte Feindbilder wiederbelebt, wie Deutsche als Besatzungsmacht. Und die Menschen ziehen sich wieder auf die Nationen zurück, von wo aus sie glauben, sich wehren zu können.
10 Oder gar noch weiter auf „das Volk“, um im Kampf um den verbleibenden ökonomischen Rest, der nicht für die Gläubiger konfisziert wird, durch Diskriminierung gleicher Ansprüche andere hinten an zu stellen und auszuschließen. Europa geht unter, weil es den Menschen nicht das Bessere bietet, was sie mit dem Nationalstaat Positives verbinden, sondern ihnen das ersatzlos raubt.

15 Mit sehr freundlichen Grüßen

Hans – Rainer Dietrich

P.S. Dass Sie solch einen langen Brief lesen und darauf auch noch reagieren, kann ich natürlich nicht beanspruchen. Da Ihr Buch ja eine öffentliche Äußerung
20 ist, würde ich diese meine Stellungnahme dann auch gerne auf meiner Homepage www.bremer-verhaeltnisse.de veröffentlichen. Gerne natürlich auch mit einer Antwort von Ihnen. Aber das ist selbstverständlich ganz in Ihr Belieben gestellt.

D.

25 *Naschrift: Robert Menasse hat auf mein Anschreiben bisher nicht reagiert, deswegen gebe ich diese in Briefform verfasste Reaktion jetzt auch anderen zu lesen.*